

**Keynote des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
anlässlich
des Industrieforums „Perspektive Emissionshandel 2021
– im Spannungsfeld von Ökologie, Ökonomie und sozialen Aspekten“
am 3. März 2015 in Brüssel**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Silberberg, (Ständiger Vertreter)
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Sie alle sehr herzlich zum Industrieforum hier in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland begrüßen. Vorab möchte ich dem Organisationsteam ausdrücklich danken. Das sind die Kolleginnen und Kollegen von den Untermervverbänden Niedersachsen, dem VCI-Nord, der IG BCE und natürlich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Niedersächsischen Staatskanzlei an den Standorten Hannover und Brüssel. Ein herzlicher Dank gilt auch Ihnen, Herr Silberberg – dafür, dass dieses Forum nun schon zum wiederholten Mal in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik stattfinden kann. Eigentlich wäre die Niedersächsische Landesvertretung dafür vorgesehen. Dort findet heute aber schon das traditionelle Grünkohllessen statt, und wie Sie wissen, ist der Grünkohl nicht nur den Niedersachseern hoch und heilig, sondern auch den zahlreichen Besuchern aus Brüssel, die jedes Jahr dorthin kommen. Herzlichen Dank also, dass wir hier sein können, und ebenso herzlichen Dank an alle Beteiligten für die gute Organisation dieses Forums!

Dieses Industrieforum beschäftigt sich mit einer Frage, die für uns alle in unseren jeweiligen Funktionen überaus relevant ist. Die Menschen erwarten heute in nahezu allen Bereichen, dass nachhaltig gehandelt wird, und sie erwarten das zurecht. Nachhaltig handeln, das bedeutet ökonomisch erfolgreich zu sein, dabei aber gleichzeitig ökologisch verantwortungsbewusst vorzugehen und die soziale Balance zu wahren.

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist insofern in aller Munde. Das sehen wir in bestimmten Fragen ganz besonders, zum Beispiel wenn es darum geht, wie wir zukünftig wirtschaften wollen und wie wir unser Klima schützen können. Und so stellt sich diese Herausforderung auch beim Emissionshandel, einem Thema also, bei dem Interessen von Wirtschaft und Umwelt naturgemäß unterschiedlich bewertet werden.

Nicht wenigen erscheint das alles wie eine Quadratur des Kreises. Viele glauben, das eine müsse stets zulasten des anderen gehen, man müsse sich folglich für die eine und gegen die andere Richtung entscheiden.

Dieser Eindruck verstärkt sich vor allem in einer Zeit, die wirtschaftlich nicht ganz einfach ist. Einige EU-Länder kämpfen mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In der gesamten EU, aber auch in Deutschland erleben wir eine Investitionsflaute, gerade im Bereich der energieintensiven Unternehmen. Die Finanzkrise von 2008 hat die Lage nochmal verschärft. Die EU hätte im Zeitraum 2012 – 2013 540 Milliarden Euro zusätzlich investieren müssen, um das Investitionstempo der USA zu erreichen.

In so einer Zeit zeigen viele mit dem Finger auf andere, vorzugsweise nach Übersee, so etwa auf die Volksrepublik China. Und das ist nicht einmal unberechtigt. China produziert schließlich mehr CO₂ als die EU und die USA zusammen. Wir müssen also dringend China mit ins Boot holen.

Aber, und diese kleine Nebenbemerkung möchte ich mir gestatten, natürlich könnten wir als EU dabei viel glaubwürdiger auftreten, wenn die Mitgliedsländer geschlossen Erfolge vorweisen könnten. In 2013 haben zwar eine Reihe von Ländern weniger CO₂ ausgestoßen als im Vorjahr. Anderswo stiegen die Emissionen dagegen an, auch in Deutschland (+2,4%), wobei der Wert in 2014 vermutlich wieder geringer war.

Ich will das nicht weiter bewerten. Klar ist für mich aber, dass wir weiterhin entschlossen für mehr Klimaschutz eintreten müssen.

Das Klimapaket der EU sieht vor, den Treibhausgasausstoß bis 2030 gegenüber 1990 um 40% zu senken. Ich halte dieses Ziel für absolut richtig. Wenn der Kohlendioxidausstoß nämlich auf dem jetzigen Niveau bliebe, würde die Erderwärmung noch mehr ansteigen als um die ohnehin prognostizierten zwei Grad Celsius. Und es muss klar sein, dass sich niemand dem Klimawandel entziehen kann, es kann keiner so tun, als ginge ihn das alles nichts an. Nicht zuletzt müssen wir daran denken, was für eine Welt wir unseren Kindern und

Enkeln in die Hände geben wollen. Niedersachsen wird die EU deshalb bei ihren Bemühungen unterstützen. Dafür hat der Emissionshandel eine zentrale Rolle. Dahinter steht der richtige Versuch, das Verursacherprinzip marktwirtschaftlich durchzusetzen. Das ist und bleibt ein überzeugender Ansatz.

Es führt aber kein Weg darum herum, den Emissionshandel neu zu regeln. Die Preise für die Zertifikate sind längst im Sinkflug. Sie sind mit rund 7 Euro deutlich niedriger als die ursprünglich von der Kommission eingeplanten 30 Euro. Jegliche Steuerungsmöglichkeiten verpuffen dadurch, und es werden gleichzeitig Anreize erstickt, auf klimaschonende Technologien umzurüsten. Dein erster Schritt zu Korrektur des Preisniveaus war die Einführung des Backloading. Die aktuell in der Beratung befindliche, sogenannte Marktstabilisierungsreserve ist ein weiterer Schritt, den Emissionsrechtmarkt zu stabilisieren.

Vergangene Woche hat der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments in Sachen Marktstabilisierungsreserve einen Beschluss gefasst, den ich außerordentlich begrüße. Die Abgeordneten haben zugleich weise und weitsichtig gehandelt. Zwar hat der Bundesrat beschlossen, mit der Reserve bereits 2017 zu beginnen, ich denke aber, ein Start Ende 2018 – wie jetzt beschlossen – geht ebenfalls in Ordnung. Für das Klima ist die Entscheidung jedenfalls positiv, denn die Kommission hatte ursprünglich das Jahr 2021 vorgeschlagen.

Ebenso wichtig ist m. E., dass die 900 Mio. CO₂-Rechte aus der Backloading-Reform sowie bisher ungenutzte Zertifikate teilweise in die Marktstabilisierungsreserve einfließen. Die 900 Mio. Zertifikate aus der Backloading-Reform werden also nicht – wie ursprünglich geplant – 2019 und 2020 auktioniert. Somit ist die Gefahr gebannt, dass durch die zusätzliche Ausschüttung von Zertifikaten die CO₂-Preise erneut sinken. Das ist ebenfalls gut für das Klima.

Auch die Industrie kann mit dem Kompromiss leben. Denn 300 Mio. aus den sogenannten „ungenutzten“ CO₂-Rechten sollen als Industriehilfen in einen besonderen Innovationsfonds einfließen.

Nun kommt es darauf an, das Emissionshandelssystem darüber hinaus grundlegend zu reformieren. Die EU-Kommission hat angekündigt, im Laufe des Jahres einen Vorschlag vorlegen zu wollen. Unsere Kernforderungen lauten:

1. Die kostenfreie Zuteilung von Emissionsrechten muss nach dem Jahr 2020 grundsätzlich beibehalten werden. Eine Reduktion sollte nur erfolgen im Einklang mit dem technologischen Fortschritt in den jeweiligen Industriesektoren. Es muss sichergestellt werden, dass keine Standortverlagerungen aufgrund klimaschutzpolitischer Vorgaben stattfinden. Eine aktive europäische Industriepolitik bedeutet auch, alles zu vermeiden, was zu Carbon Leakage führen kann. In der Carbon Leakage-Liste sind auch künftig insbesondere die energieintensiven Branchen weiter zu führen.
2. Die Zuteilung muss sich künftig stärker an das sich verändernde Produktionsniveau anpassen. Geltende Benchmarks müssen anhand des technischen Fortschritts regelmäßig überprüft werden. Beispielsweise könnte geprüft werden, wie mittels einer dynamischen Allokation von Emissionsrechten zusätzliche Anreize für energieeffizientes und nachhaltiges Wachstum geschaffen werden könnten.
3. Die direkten und indirekten Kosten auf Grund von Strompreiserhöhungen dürfen Unternehmen nicht zusätzlich belasten. Im Einklang mit den EU-Regeln für staatliche Beihilfen können Unternehmen auch nach dem Jahr 2020 Kompensation erhalten.
4. Den effizientesten Unternehmen bzw. Anlagen sollen in den betroffenen Sektoren keine unangemessenen Kosten entstehen, die zu Verlagerungen von CO₂-Emissionen führen könnten.

Anrede,

Sie alle wissen auch, dass klimaschonende Technik und auch die erneuerbaren Energien neue Potenziale bedeuten, für neue Geschäftszweige und für neue Arbeitsplätze. Wir dürfen dabei aber nicht den Blick auf unser wirtschaftliches Rückgrat verlieren, also auf die Industrie und vor allem auch auf die energieintensive Industrie.

Diesen Blick sollten wir durchaus schärfen, damit keine weitere Verunsicherung entsteht. Wir wissen, dass die Investitionen seit Jahren ins Stocken geraten sind, ich habe es angesprochen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat im letzten Jahr ermittelt, dass fast 28 Prozent unserer industriellen oder industrienahen Unternehmen verstärkt Investitionen im Ausland planen, weil ihnen dort die energiepolitischen Bedingungen mehr entgegenkommen.

Wir müssen hier aufpassen, dass uns nicht genau das durch die Lappen geht, was wir selbst dringend brauchen. Es ist nämlich im elementaren Interesse Deutschlands und auch Niedersachsens, die ortsansässigen Industrien zu halten und zu stärken. Wir wollen die vorhandene wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze erhalten, wir wollen unbedingt auch

die Grundlagenindustrien halten, in Niedersachsen wie in Deutschland. Wir wollen aber auch, dass noch mehr an den angestammten Standorten investiert wird.

Die Niedersächsische Landesregierung tut viel dafür, um optimale Standortbedingungen zu schaffen. Dazu gehört eine abgestimmte Struktur- und Regionalentwicklung, bei der nicht zuletzt die EU-Förderung eine wichtige Rolle spielt. Aber dazu gehört genauso auch eine aktive Industriepolitik. Und auch die neue EU-Kommission hat mit ihrer neuen Investitionsoffensive ein wie ich finde richtungweisendes Konzept vorgelegt.

Anrede,

worauf kommt es also in der Zukunft an? Ich glaube, dass wir bei den Themen Wirtschaft und Umwelt, vor allem aber auch bei allem was dazwischen liegt, nicht nur in Entweder-oder-Kategorien denken dürfen. Wir brauchen reduzierte CO₂-Emissionen genauso wie langfristige Planungssicherheit für unsere Betriebe!

Wenn wir die CO₂-Bilanz senken wollen, führt kein Weg an China und den USA vorbei. Europa allein wird es nicht schaffen können, das ist ausgeschlossen. Aber wir können sehr wohl Vorreiter sein, damit am Ende auch China und die USA mitziehen. Deshalb ist übrigens auch ein rein europäischer Emissionshandel wenig sinnvoll, zumal wenn er ohnehin nicht die gewünschte Wirkung erzielt und Investitionen eher hemmt.

Um es kurz zu machen: Was vor uns liegt, ist keine Quadratur des Kreise. Was wir jedoch benötigen ist der große Wurf zur grundlegenden Reform des Emissionshandels! Ich bin gespannt, was die EU-Kommission – wie angekündigt – am Jahresende vorlegen wird.

Für heute hoffe ich, dass das Industrieforum viele neue Impulse für diese Diskussion liefern wird. Uns allen wünsche ich einen anregenden Gedankenaustausch. Herzlichen Dank!